

Regierungspreis:
Für den Monat Oktober 1922. — M. ...
Für den Monat Oktober 1922. — M. ...
Für den Monat Oktober 1922. — M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 26. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postcheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion
der Distrikts-Gewerkschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:
Die einseitige Komposition ...
Die einseitige Komposition ...
Die einseitige Komposition ...

Das englische Parlament aufgelöst.

London, 26. Oktober. (WTB.) Das im Dezember 1918 gewählte Parlament wird heute aufgelöst.

Nach der Konstituierung des rein konservativen Kabinetts Bonar Law ist die Auflösung des englischen Parlaments nichts weiter als eine erwartete Selbstverständlichkeit. Mit ihr verschwindet eine Volksvertretung, die noch im Zustande der Kriegspatryose, im Laumei des Sieges gewählt worden ist, und das ist auf alle Fälle ein erfreuliches Ereignis. Im Interesse des wahren europäischen Friedens wäre es nur wünschenswert, daß auch die französische Kammer, die unter den gleichen Umständen gewählt wurde, dem bisherigen englischen Unterhause bald folgen möchte.

Die Wahlen zum neuen englischen Parlament werden noch im November vorgenommen werden. Wie aus den folgenden Nachrichten hervorgeht, ist der Wahlkampf, dessen Ergebnis für die ganze Welt von gar nicht abzuschätzender Bedeutung ist, bereits im vollen Gange.

Das Programm der englischen Arbeiterpartei

London, 26. Oktober. (EP.) Der nationale Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei veröffentlichte gestern abend das angekündigte Wahlmanifest der Arbeiterpartei. Das Manifest ruft eingangs die englische Arbeiterpartei auf zum Kampf gegen die Reaktion und stellt dann sein Programm wie folgt auf:

1. Revision aller Friedensverträge. Die deutsche Reparationsschuld muß in Uebereinstimmung mit der deutschen Zahlungsfähigkeit gebracht werden. Die Orientfrage soll einer internationalen Kommission unterbreitet werden, an der alle interessierten Mächte beteiligt sein sollen. Die Arbeiterpartei fordert die Zulassung aller Nationen zum Völkerbund, der über alle internationalen Konflikte als letzte Instanz entscheiden soll.
2. In der Außenpolitik fordert die Arbeiterpartei volle Unabhängigkeit Ägyptens und eine Selbstverwaltung für Indien, sowie freundschaftliche Beziehungen zu Irland.
3. Schaffung einer Vermögenssteuer für Vermögen über 5000 Pfund zur Deckung der Kriegsschulden. Die Kriegsgewinne sollen zum größten Teil der Nation zurückerstattet werden. Verstärkung der Erbschaftsteuer und eine besondere Steuer auf das Einkommen. Ein Einkommen unter 250 Pfund soll steuerfrei sein. Bekämpfung aller indirekten Steuern, mögliche Abschaffung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel und der Stempelgebühren.
4. Sparpolitik, die aber nicht auf Kosten der Erziehung und Gesundheit betrieben werden darf.
5. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der ungenügenden Löhne sowie ein Programm öffentlicher Arbeiten und die nationale Organisation der Produktion und die Wiederherstellung des Außenhandels.
6. Besserstellung der Landarbeiter, auch wenn die Landbesitzer auf ihre Renten verzichten müßten. Wiederherstellung des Amtes für landwirtschaftliche Löhne. Schaffung von Landwirtschaftsämtern in allen Grafschaften zur Förderung der englischen Landwirtschaft.
7. Nationalisierung der Gruben und Eisenbahnen. Beteiligung der Arbeiter an den Gewinnen. Verbesserung des Arbeiterschutzes.
8. Schaffung von Pensionskassen für Witwen und Kinder.

Lloyd Georges Kampfansage.

London, 26. Oktober. (WTB.) Der Schluß der Rede Lloyd Georges lautet: Man sollte nicht versuchen, Deutschland irgend eine Zahlung aufzuerlegen, die seine Leistungsfähigkeit übersteige, was jedoch innerhalb der Leistungsfähigkeit liegt, muß Deutschland bezahlen. Wenn man, um die Zahlungen innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands zu halten, die Forderungen ermäßigen müßte, so sei er vollkommen dafür, aber es dürfe nicht ausschließlich auf Kosten Großbritanniens gehen. Er trete nicht ein für eine Politik, die sagen würde, England müsse Amerika alle seine Schulden bezahlen, aber es dürfe seine Forderungen nicht von Deutschland, Frankreich oder sonst jemandem eintreiben, sondern müsse im Gegenteil alle seine Forderungen ausgeben. Er sei für fair play, auch für die Engländer. Sie seien schwer besteuert und hätten riesige Opfer im Kriege gebracht. Die göttliche Volkshoheit laute: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, jedoch nicht mehr als dich selbst. Für diese Politik trete er in der Reparationsfrage ein.

Was den Pakt mit Rußland betreffe, so ende dieser in ein oder zwei Monaten. Er sei sehr für die Erneuerung des Paktes und dafür, daß er zu einem allgemeinen Frieden führe, der ganz Europa einschließe. In der Frage des Völkerbundes habe er seine Ansicht niemals geändert. Solange nicht alle Nationen Europas und die Vereinigten Staaten im Völkerbunde seien, könne dieser nicht seinem vollen Zwecke dienen und werde nicht die notwendige Autorität und Macht haben. Das Ziel jeder englischen Regierung müsse sein, den Völkerbund zu erhalten, in den die großen Nationen der Erde ebenso wie die kleinen Nationen eingereicht werden, um den Zweck einer dauernden Garantie für den Frieden auf Erden und das Wohlfühlen unter den Menschen zu erreichen. Das Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten Amerikas müsse eines der Hauptziele jeder englischen Regierung sein. In der inneren Politik müsse das Hauptziel notwendigerweise Förderung des Handels und Erwerbes sein. Ueber die Haltung seiner Anhänger bei den kommenden Wahlen führte Lloyd George

aus, die Arbeiterpartei habe ihnen rücksichtslos Krieg erklärt. In der Selbstverteidigung müsse daher dem Ansturm der Sozialisten in England Widerstand entgegengebracht werden. Lloyd George fuhr fort: Die unabhängige liberale Partei hätte seinen Anhängern ebenfalls den Krieg erklärt. Sehr wichtig sei die Frage der Haltung der Konservativen. Er sei immer für nationale Einheit eingetreten. Wenn aber extreme konservative Kandidaten aufgestellt würden, um Koalitionsliberale anzugreifen, dann würde diesen keine andere Wahl übrig bleiben, als den Kampf aufzunehmen. Die Verantwortung werde bei den Konservativen liegen. Er sage dies nicht als Herausforderung, sondern nach reiflicher Ueberlegung. Seine Anhänger wollten nur eine Partei, die in dem nächsten Parlament darauf achte, daß England auf immer den Sieg davon trage und daß das nationale Interesse von keiner Seite her Schaden leide. Wenn die Arbeiterpartei die Mehrheit erhalte, so wisse er doch, daß Clones, Henderson und Thomas keine Revolutionäre seien. Bei ihnen liege auch nicht die Gefahr. Die Gefahr sei die, daß sehr entschlossene Leute, die hinter ihnen ständen, sie unermüdlich mit einer aus Fanatismus geborenen Rücksichtslosigkeit auf Wege treiben, die sie aus eigenem Entschluß nicht wählen würden. Diefelbe Gefahr sei auch auf der anderen Seite vorhanden. Er wolle nicht Bonar Law einen Reaktionsär nennen, es seien aber zwei oder drei andere Persönlichkeiten in prominenten Stellungen vorhanden, die er sicher als Reaktionsäre brandmarken würde. Lord Curzon habe erklärt, es bestehe keinerlei reaktionäre Gefahr. Curzon habe sehr große Fähigkeiten, er habe ihn jedoch niemals als ein Volkswort gegen die Reaktion angesehen. Man müsse daher eine genügend starke Gruppe im Unterhaus haben, um es jeder Regierung unumwunden zu machen, Einstand in das Extrem zu treiben, sei es nach links oder nach rechts. Eine Partei, die den mittleren Weg der Sicherheit gehe, sei bereit, jedes Ministerium zu unterstützen, das den Interessen des Landes diene.

London, 26. Oktober. (WTB.) Auf einer Verkammung der Nationaldemokratischen Partei wurde eine Entschließung angenommen, in der sich die Partei verpflichtet, eine Regierung zu unterstützen, deren Politik den heute von Lloyd George bekanntgegebenen Grundfähen entspreche. Die Entschließung tritt ein für die Lösung der Arbeitslosenfrage durch ein System der Versicherung und spricht die Ansicht aus, daß eine Kapitalabgabe den erwünschten Ergebnissen nicht entsprechen würde.

Das Wahlprogramm der Liberalen.

London, 26. Oktober. (TL.) Das Wahlmanifest der Unabhängig Liberalen Partei befragt, daß die Liberalen für den Frieden und die Abklärung durch Vermittlung des Völkerbundes eintreten sowie für eine rasche Revision und Begleichung der Reparationen und interalliierten Schulden. Ferner müsse eine umfassende Beschränkung der Ausgaben stattfinden. Die militärische Abenteuerpolitik müsse aufgegeben werden. Weiterhin wird die Annahme des unbeschränkten Freihandels und eine ausgebreitere Reform des gegenwärtigen Bodenregimes verlangt. In politischen Kreisen glaubt man, daß die beiden Fraktionen der Liberalen bei den Wahlen getrennt marschieren werden.

Annahme der irischen Verfassung.

London, 26. Oktober. (EP.) Nach längerer Debatte hat das irische Parlament gestern in dritter Lesung, das heißt endgültig das Gesetz über die irische Verfassung angenommen. Im Laufe der Sitzung erklärte der Abg. Moran, daß Irland durch die Annahme dieser Verfassung einen der schönsten Siege seiner Geschichte errungen habe.

Die Orientkonferenz.

Paris, 26. Oktober. (WTB.) Die englische Regierung hat gestern dem französischen Vorkonferenzen in London eine neue Note in der Orientfrage überreicht. Sie verlangt, daß die Vereinigten Staaten zur Friedenskonferenz herangezogen werden und daß die Einladung zur Konferenz von der englischen Regierung ausgehen solle.

Um die Devisenverordnung.

Beratungen in der Reichskanzlei.

Ueber die gestrige Besprechung des Reichszanklers mit Vertretern der Bankwelt veröffentlichte die „B. Z.“ am Mittag einen längeren Bericht, in dem besonders auf die Tatsache hingewiesen wird, daß der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Hirsch, der als Vater der Devisenverordnung gilt, nicht zugegen war. Tatsächlich war das Reichswirtschaftsministerium an dieser Besprechung überhaupt nicht beteiligt.

Heute um 11 Uhr versammelten sich die Parteivertreter beim Reichszankler zu einer Besprechung, an der auch das Reichswirtschaftsministerium teilnimmt. Auch hier handelt es sich neben den anderen bekannten Fragen um die Devisenverordnung und ihre etwaige Abänderungsbedürftigkeit. Es sind Erwägungen im Gange, auf der einen Seite gewisse Erleichterungen für den Geschäftsverkehr, auf der anderen Seite eine schärfere Wirksamkeit der Kontrolle zu erzielen. Ein Ergebnis liegt zur Stunde noch nicht vor, es ist auch nicht zu erwarten, daß, wie die „B. Z.“ annimmt, noch heute nachmittags eine Ergänzung der Verordnung veröffentlicht werden wird.

Das Ende einer Farce.

Der zweite Parteitag der französischen Kommunisten.

Etwas Konfuseres, Groteskeres und Unwürdigeres, als das, was in der vergangenen Woche unter dem Namen „Französischer Kommunistenkongreß“ in Paris vor sich gegangen ist, hat es, seitdem es in Europa politische Parteien gibt, überhaupt noch nicht gegeben. Der Kongreß war von Anfang an ein Wettstreit von Injurien, die sich die Vertreter von vier oder fünf „Richtungen“ gegenseitig an den Kopf warfen, um sich schließlich gegenseitig auszuschließen. Soweit man überhaupt aus diesem Nischmatsch schlau werden kann, läßt sich über den Charakter dieser „Richtungen“ etwa folgendes sagen:

Es gab zunächst eine „Rechte“, die es auszuschließen galt, da deren Schicksal bereits im Sommer auf der Sitzung der erweiterten Exekutive der Moskauer Internationale im Sinne des sofortigen Hinauswurfes besiegelt worden war. Diese „Rechte“ zerfiel selbst in mehrere Gruppen, darunter die Gruppe Berseuil und die Gruppe Sellier. Der äußere Anlaß zu deren Ausschließung war merkwürdigerweise ihre Aufsehnung gegen die Einheitsfrontparole Moskaus, so daß diese Rechte sich eigentlich noch radikaler gebärdete als das Moskauer Exekutivkomitee, indem sie darauf hinwies, daß es wirklich nicht nötig gewesen wäre, vor zwei Jahren den Befehl zur Spaltung, zur Trennung von den „reformistischen Vertretern“, von den „Agenten der Bourgeoisie“ zu geben, um nun auf einmal mit diesen die „Einheitsfront“ zu bilden. Wegen dieses Widerspruches gegen die dreimal heiligen Worte Sinowjews wurden sie von Moskau aus aus der Partei hinausgeworfen, und damit war für die reinen Anhänger der Dritten Internationale ihr Fall erledigt.

Das „Zentrum“ stand in dieser speziellen Frage innerlich durchaus auf der Seite der Ausgeschlossenen, aber da seine Führer gerade die Inhaber der höchsten Parteifunktionen sind und da sie aus Angst, ihre gutbezahlten Stellungen zu verlieren, nicht wagten, diese Solidarität bis zum Ende zu bekunden, erklärten sie unter Protest, sich dem Moskauer Einheitsfrontbefehl zu fügen und von Berseuil loszufügen. Es handelt sich dabei um die Mehrheit der Partei unter Führung des bisherigen Generalsekretärs Frossard und des Chefredakteurs der „Humanité“, Cachin. Das Zentrum zerfiel aber selbst wiederum in mehrere Nuancen, je nach dem Grad der Unterwürfigkeit gegenüber Moskau.

Da gab es die „Linke“, die zwar zahlenmäßig nicht ganz so stark war wie das Zentrum, die sich aber auf das uneingeschränkte Vertrauen Moskaus stützte, dessen blinder Willensvollstrecker sie ist und sein will. Diese Linke steht unter der Führung von Boris Souvarine, sowie mehrerer früherer Anarchisten und einiger Novembersozialisten, die während des Krieges in allen möglichen bürgerlichen Lagern standen — zum Teil bei den Royalisten der „Action française“! — und die sich jetzt an Radikalismus gegenseitig übertrumpfen.

Dazu kam schließlich noch eine „äußerste Linke“ anarchistischer Färbung, die ebenfalls von Moskau ausgeschlossen war, aber die Gelegenheit nicht veräumen wollte, noch einmal auf einem Parteitag etwas Krach zu schlagen.

Gleich zu Beginn der Tagung ging der Skandal los, als sich Sellier als Vertreter der Rechten und im Namen von 17 Bürgermeistern und 347 Gemeindeverordneten der Pariser Vororte gegen das ihn und seine Freunde treffende Moskauer Urteil wandte:

Die Gründe der gegenwärtigen Krise? Jeder kennt sie, wenn sie auch niemand eingestehen will. Zunächst ist es der Mangel an Loyalität und Aufrichtigkeit in der Leitung der Partei, ferner das fast vollständige Fehlen eines Programms. Man zwingt uns, debattierlos Parolen anzunehmen, die einander widersprechen. Die Einheitsfront? Warum? Niemand weiß es. Es ist unmöglich, die Einheitsfront mit der Achtung der 21 Bedingungen in Einklang zu bringen, aber niemand weiß darauf hin, und man zwingt uns alles durcheinander auf. Wenn man über alle diejenigen, die die 21 Bedingungen verletzen, ein Urteil fällen möchte, dann wären es die russischen Kommunisten, die man zu allererst ausschließen würde. Jedenfalls habt Ihr selbst niemals versucht, diese Bedingungen anzuwenden. (Großer Lärm.)

Draußen steht Sellier jene Bedingung vor, die den kommunistischen Gemeinderäten anordnet, örtliche Sowjets zu organisieren, Arbeitermilizen zu bewaffnen und die Bourgeoisie zu entwaffnen; er fährt sodann fort:

Welcher kommunistische Bürgermeister, welcher kommunistische Magistrat hat Sowjets geschaffen, die Arbeiterklasse bewaffnet und die Bourgeoisie entwaffnet? Ferner: haben nicht die kommunistischen Verwaltungen trotz des besten Willens darauf verzichtet müssen, jene Bedingung anzunehmen, die ihnen vorschreibt, ausschließlich sichere Kommunisten an die Spitze der Gemeindevorstellungen zu stellen? Ihr wißt sehr wohl, daß es unmöglich ist. Warum unterschreibt Ihr eine solche Bedingung? Weil Ihr nicht sagt, was Ihr denkt, weil Ihr nicht macht, was Ihr sagt, weil alles Bluff ist und Sand in die Augen!

Ihr wißt sehr wohl, um nur von dieser Bedingung zu reden, daß die russische Revolution in diesem Punkte rückwärtsgehen mußte,

daß Benin den Bankrott solcher Gemeindeverwaltungen eingestanden hat, an deren Spitze man zuverlässige, aber ungeeignete Kommunisten gestellt hatte. Und es ist gerade in dem Augenblick, wo die russische Revolution zu einer vernünftigeren Beurteilung der zu überwindenden Schwierigkeiten zurückkehrt, und wo Herriot in seinem Reisetagebuch die Zustimmung Moskaus zum französischen bürgerlich-sozialistischen Reichsbund mitbringt, daß sie von uns unsere Zustimmung zu derartigen Unmöglichkeiten fordern.

Während Ihr Delegierten aus der Provinz in öffentlicher Sitzung für die Galerie redet, ist hinter Eurem Rücken in der Kuffe der Schacher um die kommenden Ausschließungen vollzogen worden. Auch das haben wir in Tours gesagt, daß wir das nicht mitmachen würden. Wir haben dort gesagt, daß wir das Recht der Diskussion und der Kritik uns vorbehalten. Und Frossard sagte uns damals hierzu: „Ich werde niemals zugeben, daß die Partei eine Kaserne werde, deren diensttuender Feldwebel ich sein müßte.“

In einer weiteren Sitzung wandte sich ein Delegierter aus der Provinz Jules Blanc, gegen das ekelregende Schauspiel, das dieser Kongreß mit seinen Intrigen und Streitigkeiten der gesamten Welt bot, zum größten Gaudium der bürgerlichen Presse:

„Ehe wir die Einheitsfront mit den anderen bilden, machen wir sie doch zunächst bei uns und geben wir nicht das traurige Schauspiel, das wir gestern aufgeführt haben. Denn das war eine schmutzige und stinkende Wäsche, die wir da vor dem gesamten Bürgertum gewaschen haben. Man sieht sich zu Tisch, bemerkt aber, daß die einen den anderen die Portionen wegessen wollen und wirft sich die Teller an den Kopf. Und so bieten wir das Bild eines Kongresses von Waschfrauen.“

Jawohl, man denkt nur daran, die gut bezahlten Posten unter sich zu verteilen! Jawohl, die Leiter der Partei machen nichts umsonst! Jawohl, sie sind nur mal einig und mal gespalten wegen Fragen ihres persönlichen Interesses! Jawohl, das ist uns allen sonnenklar geworden! Ich rufe es der Rechten zu, und dem Zentrum, und der Linken, und der Ueberlinken, wenn es eine gibt: wir in der Provinz machen die kommunistische Propaganda umsonst, die in Paris machen sie gegen Bezahlung.

In dem höllischen Lärm, der bei diesen Worten entsteht, hört man nur Schimpfwörter, von denen „Misthauchel“, „Sch... dreck!“ die harmlosesten sind.

Tatsächlich drehte sich der ganze Streit nur um die Frage, ob es der „Linken“ gelingen würde, das „Zentrum“ aus der Redaktion der „Humanité“ und aus dem Parteivorstand zu verdrängen. Das Moskauer Exekutivkomitee hatte einen besonderen Vertrauensmann, den Ukrainer Rannulski, nach Paris entsandt, um diese Bestrebungen mit diktatorischer Gewalt zu unterstützen. Auch der deutsche Kommunist Franz Dahlem erhob die gleichen Forderungen im Namen der KPD. Aber Frossard, Cachin und ihre Freunde verspürten nicht die geringste Lust, sich auf diese Art verdrängen zu lassen, zumal sie über die Mehrheit im Kongreß verfügten. Daher erklärte schließlich die „Linke“, sich an keiner Abstimmung mehr zu beteiligen und verließ den Saal mit der Versicherung, daß man sich in Moskau wiederfinden werde. Sie rechnet nämlich mit Bestimmtheit damit, daß der vierte Weltkongreß der kommunistischen Internationale als höchste Instanz zu ihren Gunsten entscheiden wird. Daher haben mehrere Redakteure der „Humanité“ und andere Parteigrößen, die sich zur „Linken“ rechnen, ihren Rücktritt vollzogen. Ferner hat Rannulski in einem drohenden Schreiben den Parteivorstand wissen lassen, daß er auf dem Weltkongreß dafür sorgen werde, daß die Beschlüsse des französischen Parteitag für null und nichtig erklärt würden. Der Parteivorstand hat in einer Gegenerklärung mitgeteilt, daß er diesen Forderungen ausgeschlossen, daß sie die demokratische

Bezeichnung für den Geist, der das Exekutivkomitee besetzt, ist keine Entscheidung in dem Falle Sellier und Genossen. Diese werden mit der ausdrücklichen Begründung ausgeschlossen, daß sie die demokratische

Tradition von Jaurès fortzupflanzen ver- sucht hätten. Die Leitlinie dieses Satzes rief ungeheure Bewegung hervor, die Gemäßigten brüllten: „Damit ist Jaurès!“ Auch das „Zentrum“ protestierte heftig gegen diese Leichenschändung, und Frossard hatte einen mehr oder weniger eckigen Ohnmachtsanfall. Schließlich wurde der Kongreß nach einer achtundzwanzigstündigen ununterbrochenen Sitzung vor ganz leeren Bänken geschlossen, ohne daß über die in den Kommissionen ausgearbeiteten Resolutionen überhaupt abgestimmt werden konnte!

Wenn man bedenkt, daß diese ganze Partei mit ihren unzähligen „Richtungen“ insgesamt 75 000 Mitglieder zählte und daß sie jetzt faktisch in drei Teile zerfallen ist, so mag man sich denken, mit welcher Wollust die französische Reaktion diesen sogenannten Parteitag verfolgt hat.

Fort mit den Volksgerichten!

Selbst die Rechtspresse gegen das Fetschenbach-Urteil.

Die Wahrheit über das Fetschenbach-Urteil marschiert. Selbst in der Presse der äußersten Rechten mehrten sich die Stimmen der Ablehnung und der Besorgnis um die Folgen, die sich aus dem brutalen Vortritt der bayerischen Reaktion in das Gebiet der Rechtspflege ergeben können. Man sieht ein, daß das Urteil unhaltbar ist und daß im Kampfe darum eine heillose Kompromittierung der „Ordnungszelle“ gewiß ist.

So erklärt heute morgen der deutschnationale „Tag“, das Urteil habe in seinen Kreisen „zunächst eine Art bejagten Schweigens verursacht“. Trohdem sei notwendig zu sagen: „Das Urteil ist ein Fehlurteil, und alle, die es angeht, müßten sich den Kopf zerbrechen, wie man geschicktes Unheil wieder gutmachen könnte... Man sollte in München Mittel und Wege finden, das Urteil zu kassieren.“

Weiter heißt es wörtlich: Trohdem das sehr ansehbare Verfahren der Anklage und der Verhandlung sich vielfach in das Geheimnis der Nichtöffentlichkeit hüllte, erfuhr man das Schlimmste, was den Angeklagten zur Last gelegt war. Im Gegensatz zu Anklage und Verurteilung muß man feststellen, daß man keinen Verurteilten, also auch keinen Landesverrat begehen kann durch die Weitergabe von Material, das längst aller Welt bekannt ist. Auf keinen Fall kann es sich bei der Weitergabe solcher Materials um schweren Landesverrat handeln. Aber alle Haarpolsterlein beiseite gelassen, — das Münchener Urteil sündigt nicht das Rechtsbedürfnis, es verschärft den Hunger nach reinem Recht.

Neulich äußert sich im „Berliner Lokal-Anzeiger“ Friedrich Hufschung. Da er einer der lautesten Kampfbühnen gegen Republik und Sozialdemokratie ist, kann man sich nicht wundern, daß er seinen Angriff auf das Münchener Volksgericht mit zahlreichen Seitenhieben auf die gewohnten Widersacher begleitet. Sachlich kommt auch er zu dem Ergebnis, man dürfe es nicht dem „Vorwärts“ und seinen Freunden überlassen auszusprechen, daß das Urteil ein beklagenswerter Fehlurteil sei. Es schaffe handgreiflich größliches Unrecht. Mit der Praxis des Volksgerichts setzt sich Hufschung folgendermaßen auseinander:

Das Münchener Volksgericht glaubte zunächst in schönem Selbstvertrauen, sachverständigen Rates nicht zu bedürfen. Hätte sich's um die Bemertung einer angefochtenen Schulterrechnung, um ein Vergehen gegen den Raulforzwang für Hunde, um eine Ueberschreitung der ortsbühnlichen Kassepreise gehandelt, so wäre die Zuziehung von Sachverständigen selbstverständlich gewesen. Da es sich nur um Fragen internationaler Politik, um die Doktorfrage „Spionage oder Information?“, um die Atmosphäre der Versailler Friedenskonferenz und um die Psyche Frankreichs, Englands und Amerikas handelte, so glaubte das bayerische Volksgericht, sachverständigen Urteils entraten zu können. Nachher kam der Sachverständige (Dr. Friedrich Thimme, Red. d. „A.“) doch zu Wort und befand sich Punkt für Punkt im peinlichsten Gegensatz zu den Auffassungen des Gerichtshofs und des Anklagevertreters.

morolisch, wenn er sich zum Schluß in den Schrei entläßt, daß nur der Sprung ins Wasser aus seinem Hahntreppchen die richtige Erlösung sein würde.

Die Antwort der französischen Dichtung auf all die Niedrigkeit des französischen Bauern, der verunglückter der Laune seines Herrn ausgeliefert ist, haben erst später Voltaire und der Sigaro des Herrn Beaumarchais gegeben, und es sollte nicht lange dauern, bis die französische Revolution die Köpfe all dieser leichfertigen Hahnreißer verlangte. Im „Arzt wider Willen“ konnte Rudolf Forster ganz unabhängig die Baum: eines vergnüglichen Betrügers austoben. Dieser Künstler ist sonst schwermütig und pathetisch. Der Regisseur hat ihm das Blut beschleunigt. Er hat überhaupt aus der Künstlergarde des Staatstheaters vorzügliche Eigenschaften herausgelockt. Es war ein vergnüglicher Abend, über den die Kunst und die Einbildungskraft selbstherrschend regierten.

Mag hochdort.

Der neue Hauptbahnhof zu Stuttgart. Der deutsche Südwesten hat im Laufe des letzten Jahrzehnts eine ganze Reihe neuer gewaltiger Bahnhofsbauten erleben sehen, deren Einrichtungen und Anlagen in der technischen Welt allenthalben großem Interesse begegnen. Manche von ihnen konnten noch rechtzeitig vor Beginn des Weltbrandes fertiggestellt werden, andere waren zu dieser Zeit mitten im Bau begriffen und wieder andere hatten schließlich die ersten Borarbeiten noch nicht vollendet. Zu den 1914 jah unterbrochenen Bauten gehören u. a. Stuttgart und Heidelberg. Hier hat der Krieg die Weiterführung der großartigen Bahnhofsbauten nicht nur stark verzögert, sondern teilweise geradezu unmöglich gemacht.

Auch der jetzt im ersten Bauakt eröffnete neue Hauptbahnhof Stuttgart trägt die Spuren der vergangenen Kriegszeit deutlich zur Schau. Wenn die Zeiten normale geblieben wären, so hätte die Inbetriebnahme des jetzt erstellten Teiles bereits 1916 stattfinden können. Statt dessen wurde es Herbst 1922.

Das neue, an der Schillerstraße gelegene Empfangsgebäude macht mit seinem 58 Meter hohen Turm und der würdigen, aber einfachen Umfassung einen imponierenden Eindruck auf den Beschauer. Zur Linken des Haupteinganges grüßt das Wappen des Freistaats Württemberg, zur Rechten der Adler der deutschen Republik; den Tag der Gründung zu feiern, weht vom Turm die schwarzrotgoldenen Farben herab. Wie sich die Ausmaße der Empfangshalle und der dahinter befindlichen acht Weiler breiten Aufgangstreppe zu den Bahnsteigen im praktischen Betrieb bewähren werden, steht noch dahin.

Die Zahl der verfügbaren Geseise an den Bahnsteigen ist gegenüber dem alten Bahnhof nicht wesentlich größer (8 gegen 5 bis 6); dagegen ermöglichen besondere Gepäckabfertiger, daß der Gepäck- und Postverkehr gesondert abgewickelt werden kann. Die ursprünglichen gepflanzten eisernen Hallenbänder sind nach einer neuzeitlichen Bauweise in Holzschwerk hergestellt, bei der nur die Bahnsteige überdeckt sind. Diese Bedachung wirkt etwas beengend und dunkel; schade, daß sie jedenfalls bald vom Raude geschwürt sein wird.

Dem Versuch, der jetzt selbst in der Rechtspresse zum Ausdruck kommt, man möge das geschlossene Unrecht wieder beseitigen, kann in verschiedener Weise Rechnung getragen werden. Die bayerische Regierung kann die Verurteilten vollständig begnadigen und aus dem Zuchthaus entlassen. Oder die bayerische Regierung kann die Volksgerichte beseitigen und die Bestimmung erlassen, daß für volksgerichtliche Urteile wegen bestimmter Delikte nachträglich die Revision beim Reichsgericht zugelassen wird. Wenn man sich in Bayern nicht zu solchen Schritten entschließt, so wird schließlich, auf die Gefahr jedes Konfliktes hin, die Reichsgesetzgebung eingreifen müssen.

Inzwischen meldet M. aus München:

Zu den in den letzten Tagen in verschiedenen Presseorganen gegen die bayerische Justiz im Zusammenhang mit dem Urteil im Fetschenbach-Prozess erhobenen Angriffen erhalten die „Münchener Neuesten Nachrichten“ eine Zuschrift aus bayerischen Richterkreisen, worin es heißt: Die bayerischen Richter lassen sich von politischer Reaktion so wenig beeinflussen, wie sie sich vor den jetzt üblichen Terrorversuchen der Linkspresse beugen. Sie üben ihre Unabhängigkeit zu wahren, gleichviel welche Partirichtung gerade den Ton angibt.

Das hübsche Wort von den „Terrorversuchen der Linkspresse“ findet in den oben wiedergegebenen Kritiken der Rechtspresse den entsprechenden Kommentar.

Die Deutschnationalen in Görlich.

Deutschvölkische Vorspiele.

Der Deutschnationale Parteitag, der am 27. d. M. in Görlich beginnt, beansprucht besonderes Interesse, da er um die Auseinandersetzung mit den Deutschvölkischen nicht herumkommt. Soll man von Herzog bis Henning ein einzig Volk von Brüdern sein, oder soll „Der Trennungstrieb“ gezogen werden, das ist die Frage. Vor Beginn des Parteitags haben sich die Völkischen in Görlich zu einer Sondertagung vereinigt, von der die „Deutsche Zeitung“ folgendes Bild entwirft:

Tagung der völkischen Vertreter. Als Auftakt zum Deutschnationalen Parteitag. Schon vor Beginn eifrige Sühlnahme — fragende Blicke — was wird werden? Die Glocke ertönt — Abgeordneter v. Graefe, einer der Führer der Deutschvölkischen, ergreift das Wort zur Berichterstattung über das, was geschahen. Trotz des „Bannfluches“ waren zahlreiche Freunde erschienen und zeigten damit die Bereitschaft, den „Dornenweg“ zu gehen, der zwangsläufig vorgeschrieben ist, bis der Augenblick kommt, wo man uns versteht.

Dann wird eine Rede des aus der deutschnationalen Fraktion ausgeschlossenen Reichstagsabgeordneten v. Graefe wiedergegeben, die sich scharf gegen die „Auchvölkischen“ wendet und dann ausführt:

Nicht der Großkapitalismus kann der Retter sein, sondern gerade die Zurückstellung des Großkapitalismus hinter den Idealismus bietet den Weg zum Licht. Durch das Volk geht die Erkenntnis — verschwommen noch, unterschiedlich und nicht zielbewußt... Zwei Wege gibt es. Entweder die Wiederherstellung der alten Zustände oder die Hand auf die Gesetzgebung. Eine Revolution war wohl am 10. November möglich, jetzt ist sie es aber nicht, also bleibt nur der Wille übrig, die Gesetzgebung zu beeinflussen. Dazu ist eine scharfe Zusammenfassung notwendig. Diese könnte geschehen durch Gründung einer neuen Partei, was aber abzulehnen ist, da sich nur die Gegner der vaterländischen Sache und ihre Hintermänner darüber freuen würden. Diese Erkenntnis muß aber auch bei denjenigen Platz greifen, die den Deutschvölkischen und ihren heiligen Befehlen nicht die Achtung und Beachtung innerhalb der Partei zukommen lassen wollen, die ihnen gebührt.

Vor der Berichterstattung der völkischen Vertreter aus dem Lande erhielt als Gast Graf Westarp das Wort. Er wies auf die Rundgebung der konservativen Partei hin, die in einander ergänzende und belebende Zusammenarbeit der völkischen und konservativen Kreise für erwünscht erklärt haben und in deren Sinn er wie bisher auch ferner eintreten wird, daß in der geschlossenen

Richard Alexander, einst Berlins populärster Bühnenkomiker, gebürtiger Berliner, Meister der Klein- und Feinkunst, auch in der Tollheit des Schwanks usw., ist noch einmal an die Stelle seiner langen Wirksamkeit ins „Residenz-Theater“ zurückgekehrt. Angeblich um seinen Abschied von der Bühne und sein 50jähriges Jubiläum zu feiern. Freilich, sein erstes Auftreten in diesem Hause war Kassisch; er debütierte in Hebbels Judith. Aber dann fand er den von der Natur vorgezeichneten Weg zum Charakterkomiker. Um die Gesundheit ganzer Generationen hat er sich verdient gemacht, indem er sie vor allem durch sein Mienen- und Gestenspiel zum Lachen brachte. Doch er diese Kunst noch heute beherrscht, bewies sein Wiederauftreten als Schlafwagenkontrollleur in Biffons einst viel gespieltem Schwank. Der Jubilar ist merkwürdig frisch und rüstig, nur die Stimme ist noch etwas rostiger geworden. Seine vielen Freunde von früher feierten ihn nach Gebühr, und so wird er wohl den Abschied von der Bühne noch um einige hundert Aufführungen weiter austofsen.

Auch die anderen Witzspieler verdienten Lob: Adele Sandrock als rächende Schwiegermutter, Hans Kraus und Hermann Böttcher seien besonders genannt.

Die Verjüngungsoffenfarm. Mit der Absicht, die für die Verjüngungsoffenfarm notwendigen Versuchsbüchsen in reichem Maße und zu billigeren Preisen der noch jugend begehriegen Menschheit zur Verfügung zu stellen, begibt sich ein junger französischer Gelehrter, Dr. Wildert, nach Westafrika. Wildert will dort eine große Offenfarm errichten, mit der ein Laboratorium in Verbindung stehen soll. Er hofft auf diese Weise eine größere Anzahl der heute so schwer erhältlichen Schimpansen zusammenzubringen und einen kräftigen Nachwuchs aufzuzüchten. Dadurch werden diese Affen für seine und anderer Gelehrter wissenschaftliche Forschungen leichter zur Verfügung stehen, und man wird auch mehr Affenbüchsen für die Verjüngungsoffenfarm erhalten.

Das Kunstgewerbe-Museum veranlaßt von Oktober bis Dezember zwei Vortragsabende: Die Schöpfer Berlins und Potsdams, von Professor Dr. Hermann Schmitz, Dienstag abends 8 Uhr, Beginn um 8 1/2 Uhr; das Buch von verschiedenen Fachleuten, Freitag abends 8 Uhr, Beginn um 8 1/2 Uhr. Nähere Auskunft in der Bibliothek des Kunstgewerbe-Museums in Berlin SW., Prinz-Albrechtstr. 7a, 10-9 Uhr.

Zur Abhilfe der Not bei den Studierenden an der Hochschule für Musik hat Prof. Fritz Kreisler den vollen Betrag eines seiner letzten Konzerte in der Philharmonie in Höhe von 200 000 M. dem Künstler für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zur Verteilung übergeben.

Der Berliner Volks-Chor (Dirigent Dr. Ernst Jander) hat jetzt das „Requiem“ von Verdi etc. Amsternende Männer und Frauen, die in den Aufführungen mitwirken wollen, können nur noch in den nächsten Wochen aufgenommen werden und können gleichzeitig an den kürzlich begonnenen Unterrichtskursen in der Rotenstraße und im Bon-Matthiasen teilnehmen. Für Notenlumpige finden gleichfalls Fortbildungskurse statt. Die Chorproben und Kurse sind jeden Freitagabend von 7-10 in der Aula des Andreaskirchens, Rosenstr. 76 (beim Schloßchen Bahnhof), wo auch neue Mitglieder und zugehörige Mitglieder aufgenommen werden. Monatsbeitrag 10 M., Kurse um unentgeltlich.

Molière im Staatstheater.

Der Regisseur Jürgen Fehling ist von der Volksbühne an das Staatstheater geholt worden. Dieser heitere Künstler verstand sich von jeher am besten auf das Lustspiel und die Farce. Es fallen ihm tausend Dinge ein, um die Ausgelassenheit bunt und die Ueberschwenglichkeit phantastisch zu machen. Er leistete am Staatstheater sein erstes Proteststück mit dem Schwank „George Dandin“, dem gesegneten Ehemann und dem „Arzt wider Willen“. Das Bauernstück um George Dandin ist ein Stück Selbstkenntnis des Komödienschreibers Molière, der sich gar nicht in seiner vielfach geprehten Haut wohlfühlte. Er hatte sich gegen eine hochmütige Hofgesellschaft und gegen manchen der Treulosigkeit nicht abgeneigte Welt zu erwehren. Wenn er den bauernschlaunen Tölpel als falschen Arzt allerhand Unfug treiben läßt, so redet er auch hier mehr als ein Opfer der landläufigen Redizimänner. Denn die Galle ist dem Komödianten und Dichter Molière öfter als einmal übergegangen, und die Schmerzen haben ihn tüchtig auf das Krankenlager geworfen. All diese Selbsterfahrung, all dieses persönliche Leid war zu meistern, es war nur lachendallfischig einzugeschehen, es wurde auch nur gelegentlich gebeißelt, wenn ein Freund zuhören wollte oder in diesen beiden Theaterfarce, die in gerader Linie von dem niedrigsten Volkswort herkommen und doch geladen sind mit idealer Komik, ja sogar mit sehr durchsichtiger Tragikomik.

Karl Eisinger ist der richtige Hanswurst für den George Dandin. Er faßt sich das Gesicht wie der richtige Jochmarkt-Stubenspächler an. Er geht nicht über die Bühne, er stampft oder schreit nur. Seine Stimme ist fast heiser, so als wenn er sie ausgeblutet hätte, oder als wenn ihm eine Wucherung in der Trinkenose läge. Er schenkt mit den Armen, er wölgt sich am Boden wie ein Tauengießer und ist trotz aller Ungezogenheit und Grabbelt doch der einzige mit menschlicher Brust atmende Keil auf der Bühne. Die übrigen, die Stützen, die eingebildeten Adelschranzen und auch das Lakaitentum der Bornehmen sind nur eine Bande von Kullen und Nichtigkeiten. Wird nun dieser arme Dandin genarrt, wird er zum Hahne, verliert er die Achtung seiner adeligen Schwiegereltern und des polternden Nebenbuhlers, wird ihm die Tür von seinem eigenen Hause niedergeschlagen, dann liegt immer die Menschheit, die ein Wappen im Schilde trägt. So soll es sein nach dem Theatertext, das der Hof Ludwigs des XIV. allezeit ertrug. Nur heimlich klebt sich die Weltanschauung des Rebellen an der Tag, und sie legt gewiß sehr Unangenehmes gegen das Lumpenpack der Bekrönten und Beadelten. Eisinger bringt das alles mit wundervollem Hanswurstton hervor, meist weht, setzen bitter, immer geschmackvoll. Er ist kultivierter Hanswurst geworden. Er macht die altertümliche Posse erbaulich und auch

bleibenden Deutschnationalen Volkspartei auch den Kreisen, die den völkischen Gedanken besonders vertreten, die Arbeitsmöglichkeit durch beiderseitiges Entgegenkommen erhalten bleibt. — Bestarps Ausführungen wurden mit Begeisterung aufgenommen und die Deutschnationalen begrüßten die Unterstützung der Konservativen.

Die Deutschnationale Partei ist bekanntlich ein Konglomerat der verschiedenen Gruppen. Zwei davon, die deutschnationalen und die altkonservativen stehen in diesem Augenblick in diesem Bündnis gegen die Parteileitung und präsentieren sich in diesem Augenblick v. Graefe und Graf Westarp Arm in Arm — als Kämpfer gegen den Großkapitalismus u. s. Auf der anderen Seite steht die Deutschnationale Partei gerade auf diesen Großkapitalismus, dem sie, neben dem Großgrundbesitz, ihre Wahlgelder verdankt. Ein schönes Durcheinander läßt sich gar nicht vorstellen!

Aufstand in Ostgalizien.

Warschau, 26. Oktober. (W.B.) Wie die Blätter melden, ist Kavallerie und Infanterie nach Ostgalizien entsandt worden.

Seit dem Juni 1919, wo Ostgalizien von Polen okkupiert wurde, schafften sich alle möglichen Instanzen mit dem ostgalizischen Problem. Bei verschiedenen Verhandlungen in Sevres, Spa, Brno usw., bei allen bisherigen Völkerversammlungen wurde immer darauf hingewiesen, daß die ostgalizische Frage im Interesse des Friedens im Osten und im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen entschieden werden müsse. Polen wirtschaftete aber im Lande wie in einer eroberten Provinz und versuchte in letzter Zeit durch eine Scheinautonomie und die Ausschreibung von Wahlen für einen polnischen Sejm auch in Ostgalizien vollendete Tatsachen zu schaffen. Hier steht es aber auf den einmütigen Widerstand der gesamten ukrainischen Bevölkerung, die zu Terrorakten gegen den Okkupanten griff, um ihren Willen vor der ganzen Welt zu dokumentieren. Polen überflutete darauf das Land mit Militär und übte furchtbare Repressalien aus. Dies hat nun, wie uns von ukrainischer Seite berichtet wird, zu einem Aufstande in Ostgalizien geführt. Die ukrainische Bevölkerung der Bezirke Solotwina, Zbarazh, Tarnopol, Kobotyn, Berezhany und Przemyslansky griff zu den Waffen. Die Aufstandsbewegung greift auch auf die benachbarten Bezirke Bobryk, Czortkiv und Stankowice über. In den Karpaten sollen schon bei Sanbej auständische Gruppen gesichtet worden sein. Die in diesen Bezirken stationierten Militär- und Polizeieinheiten sind teils verjagt, teils ausgerieben. Die polnischen Kolonisten und Großgrundbesitzer flüchten nach Westen. Aus Lemberg, Przemysl, Krakau und Lublin sind mehrere polnische Kavalleriebrigaden nach dem Osten geschickt worden. Bei Rozora ist eine Schlacht im Gange. Wenn der Oberste Rat noch weitere seine Entscheidung über die staatsrechtliche Stellung Ostgaliziens hinauszieht und Polen nach Guldunkten schütten und wälten läßt, so besteht die Gefahr, daß der jetzige Aufstand sich über das ganze Land ausbreitet.

Die Aufgaben der Reparationskommission.

London, 26. Oktober. (W.B.) Die „Times“ veröffentlichen ein Telegramm ihres Pariser Berichterstatters, in dem es heißt, nach Ansicht Bradburys sei es jetzt notwendig, daß die Kommission ihren Sitz dauernd in Berlin nehme. Wenn es nach ihm ginge, so würde sie ihr Hauptquartier sofort nach Berlin verlegen. Die Franzosen seien jedoch nicht der Meinung, daß dieser Schritt irgendwelche Ergebnisse zeitigen würde. Der gegenwärtige Besuch könne daher nur als Kompromiß angesehen werden. Der Berichterstatter fährt fort, wenn der Fall der Mark aufgehoben werden sollte, müsse dies durch Zusammenwirken der Berliner Regierung mit der Reparationskommission geschehen. Bradbury trete für Maßnahmen ein, die einschneidend genug seien, er habe aber die Kommission bereits darauf hingewiesen, daß es zwecklos wäre, sie der deutschen Regierung aufzudrängen. Es sei besser, praktische Vorschläge zu erörtern und die Bereitwilligkeit und Zustimmung der deutschen Regierung zu ihrer Anwendung zu erhalten. Nur durch aufrichtige Anstrengungen könne die Lage jetzt gerettet werden.

Die Berliner Lohnverhandlungen.

Die Verhandlungen zwischen dem Lohnrat der Gewerkschafter und dem Magistrat sind mit Rücksicht auf den Stand der Verhandlungen im Reich auf morgen nachmittag vertagt. Der Magistrat hat Anweisung gegeben, einen Vorschlag von 1000 M. sofort auszugucken.

Der Prozeß Hermes gegen die „Freiheit“.

Die OS-Korrespondenz meldet, daß der Prozeß Hermes gegen die „Freiheit“, der für den 31. Oktober in Aussicht genommen war, wahrscheinlich nicht stattfinden könne, weil der Beklagte nicht rechtzeitig benachrichtigt sei und die Verteidiger sich deshalb nicht auf den vom Gericht gewählten Termin einstellen könnten. Die Darstellung ist irrig. Der Termin war ursprünglich auf den 13. November festgelegt worden. Der Verteidiger des Klägers Hermes hat seine Vorberlegung ohne Wissen des Beklagten und seiner Verteidigung veranlaßt. Wenn jetzt also der Prozeß am 31. Oktober nicht stattfinden kann, so ist das nicht die Schuld des Beklagten. Dieser hat vielmehr stets den Wunsch nach Befreiung der Verhandlung ausgesprochen.

Amerika rüstet ab. Staatssekretär Hughes hat die fünf Republikanischen von Zentralamerika zu einer Abrüstungskonferenz in Washington eingeladen, die am 4. Dezember beginnen soll.

	26. Oktober		25. Oktober	
	Kaufkurs (Weiß)	Verkaufkurs (Weiß)	Kaufkurs (Weiß)	Verkaufkurs (Weiß)
1 holländischer Gulden	1735.65	1744.85	1745.62	1754.88
1 argentinischer Papier-Peso	1591.—	1599.—	1603.48	1611.52
1 argentinischer Franc	290.29	281.71	291.76	298.24
1 norwegische Krone	795.50	788.50	800.—	804.—
1 dänische Krone	890.20	894.71	892.70	897.24
1 schwedische Krone	1180.50	1185.10	1192.—	1198.—
1 finnische Mark	105.73	106.27	106.93	107.47
1 japanischer Yen	2119.68	2130.82	2139.98	2150.87
1 italienische Lire	179.57	171.43	179.55	180.45
1 Pfund Sterling	19750.50	19849.50	19850.25	19910.75
1 Dollar	4448.85	4471.15	4463.81	4490.19
1 französischer Franc	808.28	807.77	817.20	818.80
1 brasilianischer Milreis	489.77	491.23	493.76	495.24
1 Schweizer Franc	805.48	808.52	817.85	822.05
1 spanischer Peseta	675.80	679.20	681.29	684.71
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	6.03	6.07
1 tschechische Krone	139.88	140.61	144.13	144.87
1 ungarische Krone	—	—	1.78	1.78
1 bulgarischer Lewa	—	—	25.92	29.08

Die Neuföllner U-Bahn.

Trotz der augenblicklich außerordentlichen großen Schwierigkeiten hat die Bauleitung der städtischen Untergrundbahn, die im Anschluß an die Nord-Süd-Bahn nach dem Ringbahnhof Neufölln fahren wird, die Bauarbeiten weiter fortgesetzt. In der Berliner Straße, in der größtenteils zur Ersparung kostspieliger Eisenkonstruktionen eine rundgewölbte Tunneldecke gewählt worden ist, werden jetzt schon auf weiten Strecken die Abdichtungsarbeiten an den Tunnelwänden vorgenommen, während gleichzeitig auch an anderen Stellen die Fertigstellung einer Kapselierung in der Berliner Straße den früheren Zustand wenigstens teilweise wieder herstellt. — Diese Untergrundbahnstrecke wird selbstverständlich nach ihrer Vollendung ohne jede Bedeutung bleiben müssen, solange der Zusammenhang mit der Berliner Stammstrecke fehlt. Es wird Aufgabe der neuen Nord-Süd-Bahn-U-Bahn sein müssen, diese Anschlußstrecke so schnell wie möglich fertigzustellen, damit die Untergrundbahnzüge von der Seestraße über des Hallesche Tor nach Neufölln Ringbahnhof weitergeführt werden können. Dies ist nicht möglich, solange das Zwischenglied Teltower Straße—Groschenstraße—Hohenselbe fehlt. Der ursprüngliche als Gemeinschaftsbahnhof zwischen der Nord-Süd-Bahn, der U-Bahn, Schnellbahn und den Neuföllner Stadtbahnen geplante Bahnhof Hermannplatz soll ebenfalls in nächster Zeit in Angriff genommen werden. Allerdings wird in Anbetracht des wesentlich veränderten Bauplanes eine erhebliche Vereinfachung der Bahnhofsanlagen eintreten. Hierbei soll jedoch Rücksicht darauf genommen werden, daß sich die Anlagen späterhin ohne Schwierigkeiten erweitern lassen, so daß auch die U-Bahn Schnellbahn in den Gemeinschaftsbahnhof Hermannplatz eingeführt werden kann, ohne den Bahnhof bzw. den Zu- und Abgang zu überlasten. Dann wird der Hermannplatz ein neues Verkehrszentrum im Südosten der Stadtgemeinde Groß-Berlin bilden und eine erhöhte Bedeutung im Verkehrsnetz Groß-Berlins erlangen.

Der Postraub in Hegermühle.

Zu dem großen Postraub in Hegermühle wird noch gemeldet, daß die Täter noch nicht ermittelt und noch unbekannt sind. Der Leiter des Raubdezernats, Kriminalkommissar Wernburg, und Oberpostdirektor Reinroth sind heute in aller Frühe, um mehreren Beamten begleitet, nach Hegermühle gefahren, um dort und in der ganzen Umgebung, namentlich auch an den Zufahrtswegen von Berlin her festzustellen, ob und wo die Verbrecher gesehen worden sind, und nach anderen Spuren zu suchen. Ueberall werden auch die Ortspolizeibehörden zur Unterstützung der Kriminalpolizei zugezogen.

Veteranen der Arbeit.

Die Not der Tuberkulosekranken.

Am 19. Oktober brachte der „Vorwärts“ unter dem Titel „Veteranen der Arbeit“ eine anschauliche Schilderung der Arbeit der Landesversicherungsanstalt Berlin, Am Köllnischen Park, und machte dabei besonders auf die Tuberkulosestation mit ihrem so unendlich großen und traurigen Arbeitsbereich aufmerksam. Zu diesem Aufsatz geht uns aus unserem Leserkreis ein Schreiben zu, das wir hier wiedergeben:

Schon vor etwa 18 Monaten trat ich infolge einer Zeitungsnotiz, die auf das ungeheure Elend in den Familien tuberkulosekranker Arbeiter hingewies, mit einer der in der Tuberkulosestation beschäftigten 27 Krankenschwestern in Verbindung und bleibe seither bemüht, ihr durch Sammelaktivität in meinem Berufs- und Bekanntenkreise fortlaufend Kleidungsstücke sowie Lebens- und Geldmittel zur Unterhaltung der Bedürftigsten ihrer Pflöge zuzuführen. Obwohl meine Helferinnen und ich sehr stark beschäftigt sind und für unsere Sammelaktivität nur sehr wenig Zeit verwenden können, gelingt es uns doch, lediglich in unserem engen Kreise so viel an entbehrlichen Kleidungsstücken und anderen Liebesgaben auszutreiben, daß die mit uns in Verbindung stehende Krankenschwestern unsere Hilfsaktivität als bedeutende Erleichterung ihres schweren Berufes empfinden und von ihren Kolleginnen schon wiederholt der Wunsch nach ähnlichen Hilfsarbeiterinnen ausgesprochen worden ist. Ich denke mir nun, daß es in Groß-Berlin sicherlich noch weitere 20 Frauen geben wird, die in ähnlicher Weise mit einer der übrigen 26 Krankenschwestern der Tuberkulosestation zusammenarbeiten und ihr in regelmäßigen kurzen Zeitabständen kleine Hilfsmittel für die Kerkern ihrer Schutzbefehlshänger zuführen können. Ich wolle nachdrücklich darauf hin, daß mein Bekanntenkreis keineswegs einen wohlhabenden Berufsstand angehört. Meiner Ansicht nach wäre zur Bildung derartiger Sammelzentrale jede Frau geeignet, die durch ihren Beruf oder ihre politische Tätigkeit Gelegenheit hat, mit einer größeren Anzahl gesunder arbeitender Menschen zusammenzutreffen. Diejenigen Genossinnen, die versuchen wollen, meinen Plan, jede Krankenschwestern in der Tuberkulosestation durch eine „Sammelzentrale“ zu unterstützen, in die Wirklichkeit umzusetzen, bitte ich, sich an Martha Steinig, Charlottenburg, Rixdammallee 17, zu wenden — hoffentlich werden es mehr als 20 sein.“

Kommunistischer „Klassenkampf“.

Durch einen kommunistischen Stoßtrupp wurde am Mittwochabend die Bezirksversammlung der Arbeitervereine im Bezirk Prenzlauer Berg gesprengt. Die Aktion wurde nach einem wohlüberdachten Plan vorgenommen, der den Bezirksamtsmitgliedern bereits am Mittwoch bekannt war. Unter Mitwirkung des Betriebsrats der Bezirksverwaltung war in den Abendstunden eine kommunistische Versammlung einberufen worden, in der eine Delegation gewählt wurde, die der tagenden Bezirksversammlung die Wünsche der Bevölkerung vorzutragen sollte. Um der Aktion die passende Umrahmung zu geben, hatten die Kommunisten mehrere Deinglichkeitsanträge gestellt, die sich mit der Lebensmittelversorgung für die Bevölkerung beschäftigten. Nach Erledigung der übrigen Tagesordnung wurde von dem kommunistischen Bezirksverordneten Dörner zur Geschäftsordnung erklärt, daß vor dem Versammlungsraum zwei Delegationen ständen, von denen die eine in einer Frauenversammlung in irgendeiner Beziehung hätten, die andere in einer heute tagenden öffentlichen Versammlung gewählt seien. Die Delegationen beständen aus Vertretern der verschiedenen Parteien, darunter auch zahlreiche Indifferente. Damit wollte der Redner ausdrücklich betonen, daß es sich nicht um eine kommunistische Macho handle. Bildgemäß erklärte der Vorsitzende der Versammlung, daß im Bezirksparlament nur die gewählten Vertreter der Bevölkerung sprechen dürften. Wenn Teile der Bürgerschaft Wünsche in irgendeiner Beziehung hätten, so müßten sie sich entweder an das Bezirksamt oder an die Vertreter der verschiedenen Parteien innerhalb der Versammlung wenden. Der kommunistische Redner, Stadtverordneter Degner, der zur Verurteilung der Anträge das Wort erhalten hatte, war recht verblüfft, als er seine wohlüberlegte Rede nach kurzer Zeit abbrechen mußte, weil der Vorsitzende der Versammlung die Lösung suchte. Inzwischen hatten sich nämlich nicht nur die Zuhörer, sondern auch die Mitglieder der Delegationen Zutritt zu den Räumen der Bezirksversammlung verschafft und mochten ihrer Empörung über die Behandlung der Anträge durch die wästelste Delegationen der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Luft. Nach Schluß der Sitzung setzte sich der Lärm in gesteigertem Maße fort. Mit dröhnend erhobenen Häuten drangen hysteric

Wänner und Frauen auf die Vertreter der Bezirksversammlung ein. Die groß die Uebereinstimmung der Deutschnationalen mit den Kommunisten auch hier ist, zeigte eine Episode im Garderobenraum. Ein Vertreter der Deutschnationalen redete auf den kommunistischen Bezirksverordneten Jabs ein und erklärte ihm, daß man aus der Not nur dadurch herauskommen könne, daß der Friedensvertrag gewaltsam zerrissen würde. Prompt erklärte der Kommunist darauf: Ich bin ganz Ihrer Meinung.

Wenn die kommunistischen Drahtzieher glauben, durch solche Kämpfe dem Volke zu dienen, so kann ihnen immer wieder nur deutsch erklärt werden, daß anständige Arbeiter die Gemeindefürsorge mit solchen „Proletariern“ abschneiden.

Die neuen Ärzte-Gebühren.

Sprechstundenberatung 226—565 M., Besuch 339—1130 M.

Der Vorstand der Ärztekammer und des Groß-Berliner Ärztebundes haben für die Gebührenforderungen in der Privatpraxis folgende Richtlinien aufgestellt:

1. Für die Aufstellung der Liquidationen in der Privatpraxis gilt künftig der Grundlag, daß für die ärztlichen Forderungen der Friedenspreis multipliziert mit dem jeweiligen amtlichen Reichsteuerungsindex maßgebend ist.
2. Als Grundgebühren sind die ortsüblichen Sätze der Vorkriegszeit zu wählen: für die gewöhnliche Beratung in der Sprechstunde 2—5 M., für den gewöhnlichen Besuch 3—10 M.
3. Die Forderungen für alle sonstigen Leistungen sind dementsprechend zu stellen.
4. Bei der Wahl der Grundgebühren ist in angemessener Weise die Umschichtung der Einkommensverhältnisse in Betracht zu ziehen.
5. Auf Patienten in außergewöhnlich schwieriger wirtschaftlicher Lage ist besondere Rücksicht zu nehmen; entsprechend kann bei Patienten mit besonders günstigen Verhältnissen über die Grundgebühren hinausgegangen werden.
6. In der Sprechstunde ist sofortige Barzahlung zu verlangen, bei Hausbehandlungen spätestens nach deren Abschluß.

Da der Steuerungsindex für September 113,75 beträgt, so wären danach für die gewöhnliche Beratung in der Sprechstunde 226 bis 565 M. zu zahlen, für den gewöhnlichen Besuch 339—1130 M.

Der gefällige Bücherrevisor.

Zu einem scharfen allgemeinen Urteil über die Praxis der Bücherrevisoren gab eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte Veranlassung. Angeklagt war der Bücherrevisor Rixe, der für eine Firma die Reichsnotopfer-Erklärung aufgestellt hatte. Dabei hatte er die Uebertretung von 100 000 M. aus dem Privatvermögen ins Geschäftsvermögen, die nach Schluß des Wirtschaftsjahres, aber noch vor Ende 1919 erfolgt war, nicht berücksichtigt. Er verteidigte sich damit, daß er die entsprechenden Bescheuorkristen nicht gekannt habe. Das Gericht gelangte zu einer Verurteilung des Angeklagten, wobei im Urteil hervorgehoben wurde, daß dem Gericht bekannt sei, daß sich Bücherrevisoren zu leicht den unangenehmsten Wünschen ihrer Auftraggeber willig erzeigen und häufig geradezu zu dem Zweck engagiert würden, um diese unehrlichen Steuerurteile zu erschleichen. Der Angeklagte wurde zur Befristung des hinterzogenen Steuerbeitrages von 14 500 M. verurteilt.

Preiserhöhung der Barbier- und Friseur.

Wie uns der Vorstand der Berliner Barbier-, Friseur- und Perückenmacherinnung mitteilt, hat sich eine erhebliche Steigerung der Bedienungspreise in den Friseurgeschäften als notwendig erwiesen. Die Preiserhöhung für Rasieren, Haarschnitten tritt am 30. November, den 28. Oktober, in Kraft. Wie hoch die neuen Bedienungspreise sind, ist nicht angegeben, da sie sich nach den Anforderungen der Kundschafft und den verschiedenen Stadtteilen richten. Ueber eine entsprechende Lohnerhöhung ist mit der Gewerkschaft eine Verständigung erfolgt.

Neue Reichsbanknoten zu 5000 M. werden in der nächsten Zeit in den Verkehr gebracht werden.

Sie sind 180x90 mm groß. Das Papier, auf welchem sie gedruckt sind, ist gelblich und hat ein helles Wasserzeichen. In der Mitte enthält das Feld auf hellbrauner Schraffur das in blauer Farbe gedruckte Brustbild eines Mannes, welches das Remlingische Gemälde „Bildnis des Nicolo Spinelli“ mit geringer Veränderung wiedergibt.

Die Flammkuchel. In einer von der Klüffinggesellschaft im Teutoburger Walde ausgenommenen Flammkuchel der Hermannsklamm verunglückte einer der Darsteller durch erhebliche Brandwunden, die beim Durchflämmen des Flammenmeeres sein den Körper bedeckendes Fell in Brand setzten. Hilfe war sofort zur Stelle, doch mußte der verunglückte Darsteller dem Krankenhaus Detmold zugeführt werden. Die Verletzungen sind jedoch nicht lebensgefährlich.

Uhlenbahnunglück in Oberschlesien. Auf der Strecke Lublitz—Chohn fuhr bei der Station Jabsow ein Schnellzug in einen Güterzug hinein. Von den Passagieren sind zwei schwer verletzt, von dem Fahrpersonal wurde ein Schaffner getötet und drei schwer verletzt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Teilweise neblig, sonst trocken, vielfach heiter, nachts leichter Frost, am Mittag ziemlich mild bei schwachen, nordwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Sport.

Die Eröffnungsrennen im Sportpalast.

Den Ausgangspunkt der Rennen, die vor vollendetem Hause stattfanden, bildete ein Dreierrennen in drei Rängen zwischen untern Strahlenmaler Adolf Hülke und den Fahrern der Erstklasse Stabe und Samal. Hülke ritt sich in blendender Form: den ersten Lauf über 10 Runden gewann er vor Samal und dem völlig abgeplagten Stabe. Im zweiten Lauf, einem Verfolgungsrennen, wurde Samal bereits in der vierten Runde von Hülke überholt und auch der sich tapfer mehrende Stabe mußte in der 20. Runde nach 6 Min. 47 1/2 Sek. die Ueberlegenheit Hülkes anerkennen. Der dritte Lauf über 20 Runden wurde durch die Einzelstapel entschieden: Hülke gewann drei, Samal den Endpunkt und Stabe hatte bereits nach dem ersten Spurt den Kampf auf. Das Stabensprachmännchen gestaltete sich zu einer andauernd wüthen Jagd, wobei sich Oscar Lieb, Reimas und Stolz besonders hervorhoben. Von den Einzelstapeln fiel der Wimenanteil an Oscar Lieb; Stolz, Häusler und Schröder liefen waren die nicht erfolgreichsten. Das Rennen selbst gewann schließlich Oscar Lieb vor Reimas, Oscar Lieb, Reimas und Häusler. Die zurückgelegte Strecke betrug 38,740 Kilometer. Im einleitenden Eröffnungsreiten über 10 Runden gewann Oahn den reichen Preis nach vier Runden und zwei Zwischenläufen im Anlauf knapp vor Dohmann, Häusler und Oscar Lieb. Die Dritten und Vierten aus den Zwischenläufen des gleichen Rennens bestritten einen Endlauf über nur 5 Runden. Hier war Schröder vor Reimas. Das Ueberrunden betrug 5 Runden genau schließlich im Endlauf beherrschte vor Reimas, Schröder und Dohm.

Die nächsten Radrennen finden statt am Sonntag, den 29. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. Das Programm enthält als Hauptnummer ein 100-Runden-Rennen.

Der morgige Tagelabend im Sportpalast wird von 8 Uhr abends bis 11 Uhr abends im Saal der Ueberrunden stattfinden. Der Hauptkampf wird zwischen Oscar Lieb und Samal sein. Der zweite Kampf wird zwischen Oscar Lieb und Stolz sein. Der dritte Kampf wird zwischen Oscar Lieb und Häusler sein. Der vierte Kampf wird zwischen Oscar Lieb und Schröder sein. Der fünfte Kampf wird zwischen Oscar Lieb und Reimas sein. Der sechste Kampf wird zwischen Oscar Lieb und Dohm sein. Der siebte Kampf wird zwischen Oscar Lieb und Häusler sein. Der achte Kampf wird zwischen Oscar Lieb und Schröder sein. Der neunte Kampf wird zwischen Oscar Lieb und Reimas sein. Der zehnte Kampf wird zwischen Oscar Lieb und Dohm sein.

Gewerkschaftsbewegung

Schiedspruch für den Ruhrbergbau. Ein neues Prämiensystem für Mehrförderung.

Die gestern begonnenen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über eine neue Lohnregelung für die Bergarbeiter des Ruhrreviers haben in später Nachtstunden zu einem Schiedsspruch geführt, der ab 1. November eine Erhöhung der Löhne für Bergarbeiter über 20 Jahre um 30 Proz., über 18 Jahre um 40 Proz. und unter 18 Jahren um 30 Proz. vorsieht. Ferner werden die sozialen Zulagen von 20 auf jeweils 40 M. verdoppelt. Außerdem bringt der Schiedspruch die Einführung eines neuen Kollektivprämienystems für eine Steigerung der Arbeitsleistung im Ruhrkohlenbergbau. Für jedes Kilogramm Kohle, das im November, verglichen mit der Septemberförderung, mehr gefördert wird, soll eine Zulage in Höhe von 1 M. zur Auszahlung gelangen.

Nach der D.S.-Korrespondenz — der wir diesen Bericht entnehmen — stammt letzterer Vorschlag von dem Vorsitzenden der Gewerkschaft für soziale Reform, Prof. Dr. Hengge. Augenblicklich beträgt die von einem Bergarbeiter pro Schicht geförderte Kohlenförderung etwa 550 bis 600 Kilogramm, eine Leistung, die nach Ansicht der Sachverständigen durchaus gesteigert werden kann. Man erhofft von dem neuen Prämiensystem eine Steigerung der Ruhrkohlenförderung, nachdem das Uebereinkommen nicht zu einem voll befriedigenden Ergebnis geführt habe. Die Reviere des Ruhrkohlenbergbaues werden im Laufe dieser Woche zu diesem Schiedspruch Stellung nehmen.

Die Verhandlungen über die Lohnregelung in den übrigen deutschen Kohlenrevieren gehen heute und morgen vor sich und werden voraussichtlich zu einem Resultat führen, das in einem gewissen Verhältnis zu dem gestrigen Schiedspruch für das Ruhrrevier steht.

Sieg über Sieg!

Die „Kote Johne“ brachte in ihrer Sonntagsausgabe (Nr. 471 vom 22. Oktober 1923) folgende Notiz:

Die Frankfurter Eisenbahner für den Reichsbetriebsrätekonflikt. Am 18. Oktober fand im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M. eine Versammlung der Vertrauensleute des DBV statt. Der Verlesung lag ein Antrag vor, der die Maßnahmen der Berliner Betriebsräte und des Reichsausschusses zur Veränderung eines Reichsbetriebsrätekonfliktes billigt und die Einberufung dieses Kongresses durch die Eisenbahner Frankfurts verlangt. Trotzdem der Bezirksleiter Salomon und der Bevollmächtigte Hinfertling sich gegen den Antrag wandten und die in München beschlossenen Maßnahmen androhten, wurde der von Kollegen aller Richtungen unterstützte Antrag von den Vertrauensmännern gegen 5 Stimmen angenommen.

Der Bericht stimmt; er verleiht jedoch einige wesentlichen Punkte, die den geschehen Versuch in seiner Bedeutung weniger groß erscheinen lassen, als er nach seiner Aufmachung in der „Kote Johne“ aussieht.

Die Vertrauensmännerversammlung war im ganzen von etwa 60 Kollegen besucht. Als es über den Antrag zur Abstimmung kam, waren noch knapp 80 Kollegen anwesend, hiervon stimmten 18 für und 5 gegen den Antrag.

Als 18 Frankfurter Eisenbahner, nicht die Frankfurter Eisenbahner erklärten sich für den Betriebsrätekonflikt!

Noch mehr solcher Siege, und die Kommunisten liegen sich tot. Gönner wir ihnen diese Siege, in Kostan freut man sich darüber.

Zum Schiedspruch in der Metallindustrie.

Nach langwierigen Verhandlungen mit den Vertretern des Vereins Berliner Metallindustrieller hoben die Angestellten in der Metallindustrie folgendes Zugeständnis für den Monat Oktober erzielt:

1000 Proz. Zuschlag auf die Grundgehälter vom September. Die sozialen Zulagen, die bisher für Frau und jedes Kind 700 M. monatlich betragen haben, sollen auf 1650 M. pro Kopf erhöht werden. Diese Abmachungen sollen bei Innehaltung der 45tägigen Arbeitszeit gelten.

In einer sehr stark besuchten Versammlung der IFA-Funktionäre der Metallindustrie am Mittwoch in den „Germania-Hallen“ wurde zu diesem Zugeständnis Stellung genommen.

Günther (vom Putz) berichtete in ausführlicher Weise über den Gang der Verhandlungen. Nur durch den festen Willen der Organisation und der Kollegen habe das Resultat erzielt werden können. Es müsse dafür Sorge getragen werden, daß endlich auch der letzte Unorganisierte sich mit der organisierten Kollegen in Reich und Glied stelle. Walter vom IFA ergänzte der Bericht und hob hervor, daß man immerhin von einem Erfolg, wenn auch nur von einem Achtungserfolg sprechen könne. Rothe vom Meisterverband erklärte auf einige Zwischenrufe, die Verhandlungskommission habe nicht die Verantwortung dafür übernehmen können, der um 1 1/2 Stunden verlängerten Arbeitswoche wegen das Zugeständnis abzulehnen, zumal sich die IFA-Versammlung bei Aufstellung der Lohnforderungen mit dieser Arbeitszeit abgefunden habe.

Nach der Aussprache wurde das Zugeständnis der Arbeitgeber gegen eine schwache Minderheit angenommen. Ferner stimmte die Versammlung einer Resolution zu, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß bei der rapid fortschreitenden Teuerung den berechtigten Wünschen der Angestellten mehr Rechnung getragen werde und die Kollegen sich aufgefordert wird, mit aller Energie für die Organisation zu wirken.

Hierauf referierte Günther über den Schiedspruch, den das Reichsarbeitsministerium über den Manteltarif gefaßt hat. Gegen den Schiedspruch, der die 48-Stunden-Woche vorsieht, die halbmonatliche Gehaltszahlung ablehnt und statt fünfzehn Entlohnungsdiensjahren festsetzt, machte sich eine starke Opposition geltend. Er wurde nach längerer Diskussion abgelehnt. Ueber die strittigen Punkte soll nochmals mit dem DBV verhandelt werden.

Die Angestellten und die Partei.

In einer für alle Mitglieder und Anhänger der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten veranstalteten Versammlung referierte Genosse Karl Giebel über „die wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der SPD.“ In großen Umrisen zeichnete der Redner ein Bild der fortschreitenden wirtschaftlichen Verelendung der Arbeitnehmer Deutschlands, beleuchtete die Ursachen derselben und besprach die Vorschläge, welche von der parlamentarischen Vertretung der Sozialdemokratie gemacht worden sind, um eine Befundung herbeizuführen. Seine Ausführungen gipfelten in der Aufforderung, rastlos für die Erhaltung und den Ausbau der Gewerkschaften tätig zu sein und die Angestellten für die aktive Mitarbeit auch in der Sozialdemokratischen Partei zu gewinnen.

In der anschließenden lebhaften Aussprache wurden die Darlegungen des Redners nach unterstrichen. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß bei der Aufstellung der Kandidaten für die bevorstehende Delegiertenwahl im IFA, in den Fachgruppen die Anhänger der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale verpflichtet seien, darauf zu achten, daß nur solche Verbandsmitglieder in die Delegiertenversammlung der Ortsgruppe gewählt werden, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehen. In diesem Sinne wurde eine Entschließung angenommen, in der es zum Schluß heißt: „Jeder in der Sozialdemokratischen Partei organisierte Angestellte hat die Verpflichtung, innerhalb seines Betriebes für die Ausbreitung der freien Gewerkschaften zu wirken und auch dafür zu sorgen, daß alle Angestellten sich politisch in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands organisieren. Dann wird der Kampf gegen Unternehmer und Reaktion mit größerem Erfolg geführt werden können als bisher.“

8 1/2, Papiermark Stundenlohn.

Aus dem Schokoladenbetrieb von Otto Krenas, Berlin, Schloßbühlstr. 8, dessen Inhaber mit vier 16-jährigen Mädchen zusammenarbeitet, liegt uns vom 14. Oktober als Lohnsatz folgende Lohnabrechnung vor:

48 Stunden à 8,50	=	408,00 M.
Steuern	..	9,00
		399,00 M.
Kranken- u. Inv.	..	21,30
		377,70 M.

Selbst wenn es sich um ein fogenanntes Infernerhältnis handelte, wird unser Schokoladenmännchen selber zugeben müssen, daß er bei solchen Löhnen die Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte zu sehr übertriebt. Selber wird solch profitlichen Geschäftsleuten das Handwerk gar zu leicht gemacht. Wenn die Mädchen oder ihre Angehörigen sich bei Annahme der Arbeitsstellen sofort nach dem Lohn erkundigen, bleiben ihnen derartige Entlohnungen erspart. Weh noch, wenn man sich endlich daran gewöhnen wollte, sich zuvor an die zuständige Organisation zu wenden und nicht immer erst hinterher, nachdem man durch Schaden klug geworden ist.

Wirtschaft

Die Konsumvereine gegen die Umsatzsteuer.

Große Konsumgenossenschaften haben in ihren Generalversammlungen gegen die Ubficht Erhöhung genommen, mit dem neu zu beschließenden Landessteuergesetz die Umsatzsteuer von 2 Proz. auf 2 1/2 Proz. zu erhöhen und diese erhöhte Steuer auch wiederum auf die Genossenschaften anzuwenden, obwohl diese schon an sich völlig zu Unrecht mit der bisherigen Umsatzsteuer befreit sind. Diese Millionen Mark sind den Konsumgenossenschaftlich organisierten Verbrauchern bei der Verteilung von gemeinsam eingekauften Waren als Umsatzsteuer abgenommen worden. Daß dieses grobe Unrecht noch vergrößert werden soll, hat die Mitglieder der Genossenschaften aufgebracht und veranlaßt sie zu entschlossenen und dringenden Protesten in ihren Versammlungen.

So wurden dieser Tage sehr deutliche Entschlüsse gegen die Umsatzsteuererhöhung auf die Konsumgenossenschaften in der Generalversammlung des größten deutschen Konsumvereins in Hamburg, ferner auch in Bochum, in Remscheid und einigen anderen Orten gefaßt. In Gotha beschloßen die verammelten Verwaltungsglieder der zur Einkaufsgruppe Gotha zusammengefügten Konsumgenossenschaften eine gleichartige Rundgebung. Die Verwaltungsglieder bezeichnen die bestehende Umsatzsteuer als eine Sondersteuer für die Genossenschaften um so mehr, als nach den Erklärungen der Regierung die übrigen Gewerbetreibenden im Reiche 40 Proz. der Steuer nicht zahlen, während die Genossenschaften, auf peinlich genaue Durchführung achtend, diese Steuer restlos abliefern müssen. Dieses Unrecht der Ausnahmesteuerung der Genossenschaften bei Gelegenheit der Beratung des neuen Landessteuergesetzes zu beseitigen, mußte als dringende Pflicht der Reichsregierung und des Reichstages bezeichnet werden.

Betriebsabwanderung aus der Tschechoslowakei. Die Krise des tschechischen Wirtschaftslebens ist eine so tiefe und scheint einen so langsamen Abfall zu haben, daß gewisse Industrien, die mit einer relativ kurzen Umlaufperiode ihres Kapitals rechnen müssen und keine großzügige Kapitalpolitik getrieben haben, sich entschließen, ihre Betriebe aus der Tschechoslowakei zu verlegen. So werden jetzt immer häufiger Betriebsüberlegungen der tschechoslowakischen Textilindustrie nach Ungarn gemeldet. Es ist zweifellos, daß der niedrige Stand der ungarischen Krone und der festen in Vorbereitung befindliche neue ungarische Zolltarif, der den bisherigen Hochsatz der ungarischen Textilindustrie noch besitzigen soll, eine wichtige Rolle bei der Abwanderung haben. Aber noch verheerender wirkt auf die tschechischen Kapitalisten der niedrige Lohnstand und die soziale Knechtung des ungarischen Proletariats. Die größte Betriebsüberlegung ist die der Rauhner-Werke in Rogumberok (Slowakei), die eine Baumwollspinnerei mit 18 000 Spindeln nach Ungarn verlegt. Die Jäger Hallenberger Werke, die Vereinigte Nationale Textilwerke K. G. mit je 200 Webstühlen, eine Resmarker Weberei mit 240 Webstühlen, richten sich in Ungarn ein. Die Pöschberger Zwirnfabrik, die 90 000 Spindeln beschlößt, verhandelt über die Abwanderung.

Der Otto-Wolff-Konzern in Russland. Wie die russische Telegraphenagentur meldet, sei durch ein von Lenin unterzeichnetes Dekret des Rates der Volkskommissare ein Vertrag mit dem deutschen Konsortium Otto Wolff, welcher einige große deutsche Industriewerke, darunter Rhonig, Rheinisch u. a. vereinigt, bestätigt worden. Nach dem Vertrag werde eine russisch-deutsche Handelsaktiengesellschaft mit einem Kapital von 300 000 Goldrubel gegründet, welche die Handelskonzession für Import und Export erhält. Das Konsortium gemähre der neuen Gesellschaft einen Warenkredit von 7,5 Millionen Goldrubel, an die Regierung außerdem 5 Millionen. Die Gesellschaft werde der Kontrolle des Außenhandelskommissariats unterstellt. Die russische Regierung und das Konsortium würden ihre Vertreter in der Direktion der Gesellschaft haben. Der Gewinn werde beschränkt.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schill, Berlin; Dr. Kasperow: Dr. Giese, Berlin; Verlag: Hermann-Brosch, G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Brosch u. Verlagsgesellschaft Carl Singer u. Co., Berlin; Vertriebsstr. 2

Zähne 100 u. 130 M. mit Friedenskautschuk
Schriftliche Garantie. Zahnleben mit Befähigung bei Bestimmung von Gebissen gratis. Kronen von 200 Mark an. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Katvani, Danziger Straße 1.

Gold-Silber-Platin
Wage, Ketten, Lätzchen, Bestecks etc.
Brillanten, Zahngebisse
kauft höchstzahlend
Srich Fuhrmann
Gotzkowskystr. 13

Strickjacken
aller Art für Damen, Herren, Kinder.
Sportgarnituren, Schals u. Mützen
Nur Einzelverkauf bester Qualitätware
Bülgste Bezugsquelle!
Bruno Richter
Berlin-Pankow
Mandelstraße 26
Fabrik-Niederlage Thüringer Wolllwaren
Straßenbahn: 46, 47, 49, 51, 57, 59, 116.
Fernruf: Amt Pankow 3723.

Gold-Silber-Platin-Bruch-Quecksilber
Gegenstände,
kauft zum höchsten Tageskurs
Heinrich Trapp
Beuthstr. 10, Spittelmarkt.

Hosen! Hosen!
Arbeitshosen, feiggrüne Hosen,
Breeches, schwarze u. gestreifte
Hosen, Turner- und Fußball-
hosen kauft man gut u. verhältlich
in großer Auswahl in der
München-Gladbacher Hosen-Zentrale
NW. 57, Beusselstr. 39
Blauer Laden.
Bauchhosen für beliebige Herren.
Fahrgeldvorgütung!

Genau auf Firma achten!

Viel Geld

spart, wer jetzt kauft!!

Eh's zu spät wird!

Größte Eile geboten! Preise steigen!
Wunderbare, nur erstklassige

Anzüge / Schlüpfer Winterpaletots Gummimäntel / Hosen weit unter Tagespreis!

Sichern Sie sich durch Anzahlung gekaufte Waren zur späteren Abholung!

Hugo Simon

Spezialhaus für erstklass. Herrenkleidung

**133 Charlottenburg
Wilmsdorfer Str. 133**
an der Dismarckstrasse.

Weitester Weg lohnend!!

**Perser-Teppiche
Klaviere, Flügel**
auch für Tagesvergnügen
neu, Polster, u. Kart. 2191

Möbel
kaufen Sie
sehr vorteilhaft
bei
G. Cammitzer,
Schönb. Allee 82,
Ecke Wilmersd.
Hochb. Nordr.
auf Wunsch bequemste
Teilzahlung!

Gelegenheitskäufe!
Arienswabi in
Oceana, u. Burghen-
engeln, u. Göttersen,
Vektors, Samen-
mäntel, Hülsen,
Kleider.
Berliner
Neukölln, Str. 41, 1.

**Arbeitskleidung
Hosen**
Hemden, Unter-
hosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware!
Billigste Preise!
Gerh. Köhnen,
Neukölln,
Hermannstr. 76-77.

Gewinn-Auszug
bei
20. Preuß.-Südd. (246. Preuß.) Klassen-Lotterie
5. Klasse 14. Ziehungsstag 25. Oktober 1923

— mit jeder gezogenen Nummer sind auch gleich nach Gewinnhöhe gezogen, und zwar je einer auf die Klasse höherer Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Obere Abteilung. Nachdruck verboten.
In der Abteilung 1 wurden Gewinne über 1000 Mark gezogen:

2 M 40000 M 207047
2 M 30000 M 184727
4 M 16000 M 207141 207159
4 M 10000 M 07093 280508
10 M 6000 M 21450 42004 34744 107530 121021 274078 285848 320831
268002 260749
126 M 1000 M 6705 11287 16028 18543 24581 27010 30983 30991 37074
45410 42197 42098 64823 65703 68029 7057 60924 67833 77190 81854
93246 98723 10. 6-7 10792 114059 114571 135009 140 69 140048 481204
1640 6 183348 1-3131 18833 188863 20264 205735 2-4518 226177 23 241
2-2331 2 6 21 18.850 252093 255.84 26-2 6 26747 180.64 28288 28438
295459 207082 2087-3 311133 321274 326100 327108 340093 349127 348608
358-0 2708 2 371079

In der Abteilung 2 wurden Gewinne über 1000 Mark gezogen:

4 M 10000 M 122348 246576
24 M 5000 M 817 41172 46709 76018 100483 123118 166402 207509
207840 11189 9 286 27491
120 M 1000 M 405 8288 14114 16154 16078 20576 79114 11180 27336
4272 56490 7-17 72 77 117175 130534 132263 13 603 1207 7 13 528
1890 4 1470 6 8794 164644 186 71 101693 16 66 1591 7 18 120 9 2 7
209430 2498-4 201828 210916 211090 211790 217802 217802 217802 217802 217802
2 7718 28 083 204490 248748 255179 291 73 281671 285 4 287010 227484
291830 291837 30347 30347 30774 311209 314 88 332 87 331461 2 6441
352847 287 88 28 028 33339

In der Abteilung 3 wurden Gewinne über 1000 Mark gezogen:

2 M 10000 M 126188
2 M 5000 M 3 2801
2 M 1500 M 253109
2 M 1000 M 97395
24 M 5000 M 401 6 20603 28265 47401 172426 268284 230011 268218
27417 291837 291837 291837
126 M 1000 M 618 1 61 21637 26343 26075 22854 47083 57190 61022
61448 61508 70120 703 9 78403 82334 81663 80719 80899 8081 100 24
11204 112040 121028 124216 140354 151159 151179 18 468 16 270 16 855
176400 79874 147981 208414 218916 212400 217679 217679 217679 217679
149736 204837 272594 280154 284212 289542 290254 291 3 310173 312409
5 7528 301988 309487 342580 343156 349486 349882 351693 361000 3 4 207
200228 371248 212498

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Ziehungen zu ersehen, die bei den staatlichen Beamteneinrichtungen zur amtlichen Einsicht ausliegen.

Nasenröte, Sommersprossen

Pickel, Hautunreinigkeiten, Gesichtsröte usw. werden schmerzlos, unmerklich u. s. Umgeb. abgereinigt durch echte VATER-PHILIPPE-CHAIKIN und TUTOGEN-HAUTELEKTRODE, danach kommt armelige junge zarte Haut zum Vorschein. Laboratorium Dresden-Zschschwitz 14, in Berlin erhältlich bei Eliacin-Apothek, Leipziger Straße.